

Zügige Antwort garantiert

INTEGRATION Ein neues Gesetz soll die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschleunigen. Vielen geht es aber nicht weit genug

VON DANIEL BAX

BERLIN taz / „Schade, dass wir so lange dafür gebraucht haben“, sagte Bildungsministerin Annette Schavan (CDU), als sie am Mittwoch einen Bildband vorstellte, der 100 deutsch-türkische „Erfolgsgeschichten aus Wirtschaft und Wissenschaften“ präsentiert. Gemeint war der Gesetzentwurf zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, für dessen schwierige Geburt sie auch die Bedenken der Berufsverbände verantwortlich machte. „Das Gesetz ist überfällig“, so Schavan.

Die meisten Experten sehen das ähnlich. Denn mit dem Gesetz, über das der Bundestag am Donnerstag abstimmte, erhalten alle Einwanderer einen Anspruch darauf, dass ihre Qualifikation innerhalb von drei Monaten überprüft wird. Bislang hatten nur Spätaussiedler und Bürger aus EU-Staaten dieses Vorrecht.

„Ein wichtiger Schritt“ sei das, lobte Klaus Bade, der Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), des wich-

tigsten Gremiums auf diesem Gebiet. „Er kommt aber für viele zu spät.“ Denn wer hier trotz Beland, im Iran oder in Peru erworben hat, jahrelang als Taxifahrer oder Putzfrau gearbeitet hat, dem hilft das Gesetz kaum dabei, wieder Anschluss an sein ursprüngliches Berufsfeld zu finden.

die migrationspolitische Sprecherin der SPD, das neue Gesetz, „auch wenn der Weg richtig ist“. Nur einem Teil der betroffenen Menschen werde damit geholfen. Das Gesetz betrifft vorerst nur etwa 350 Ausbildungsbe-

die der Bund zuständig ist. Die Länder hingegen arbeiten noch daran, für jene Berufe, für die sie zuständig sind – etwa Lehrer, Ingenieure oder Erzieher –, neue Regeln zu finden.

„Es ist ein fundamentaler Fehler, dass es keinen Anspruch auf Beratung geben soll“, nennt Özoguz einen weiteren Kritikpunkt. In jedem Bundesland herrschen andere Regeln, wer für die Aner-

kennung von Abschlüssen zuständig ist. Nicht nur Betroffenen fällt es schwer, in diesem Durcheinander durchzublicken. „Eine zentrale Behörde, an die sich ein Zuwanderer wenden kann“, wünscht sich daher auch Dagmar Maur von der Otto-Benecke-Stiftung. Sie leitet das Aqua-Programm, das ausländischen Akademikern eine Weiterbildung vermittelt, und weiß aus Erfahrungen, wie schwierig es für afghanische Mediziner und russische Lehrerinnen ist, in ihrem ursprünglichen Beruf hierzulande Fuß zu fassen.

Das neue Gesetz sei sicher „ein Fortschritt“, sagt sie. Mehr Menschen würden nun wohl die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse beantragen. Aber ob auch mehr anerkannt würden, da ist sie skeptisch. Sie wünscht sich mehr Hilfe, etwa gezielte Sprachförderung für Akademiker. Und finanzielle Unterstützung, damit eine erforderliche Nachqualifizierung nicht am Geld scheitert.